



Ohne Erdöl geht nichts

VERUNFT Ronald Ganz, Präsident der Erdöl-Vereinigung (EV), warnt vor grosser Panikmache.

Erdöl ist mit einem Anteil von 55 Prozent am Gesamtenergieverbrauch immer noch der wichtigste Energieträger der Schweiz. Die Auswirkungen der Ereignisse in Japan betreffen zwar das Erdöl nicht direkt, erklärte Ronald Ganz, Präsident der Erdöl-Vereinigung (EV), an der Medienkonferenz des Energieforums. Da aber Erdgas und Erdöl Alternativen zur Atomkraft seien und sich bei ihrem verstärkten Einsatz in der Stromerzeugung im Inland in der klimapolitischen Diskussion neuen Fragen stellten, sei auch die Erdölbranche durch die Diskussionen um die Stromproduktion der Zukunft von den Geschehnissen in Japan indirekt betroffen.

Ganz warnte vor hysterischer Panikmache. So sei der in der Diskussion unwidersprochen geltende Grundsatz, wonach von Menschen verursachtes CO₂ umweltschädlich sei, wissenschaftlich keineswegs so gesichert, wie das stets kolportiert werde. Der Weltklimarat habe in seinem wissenschaftlichen Bericht selber gewichtige Vorbehalte zu seinen eigenen Aussagen einer menschgemachten Erwärmung geäussert. Und die bisher seit 1850 festgestellte Erwärmung von rund 0,7 Grad lasse sich mit rein

natürlichen Ursachen (von der Sonnenaktivität bis zu den Meeresoszillationen) erklären.

Globales Problem Der Klimawandel sei ein globales Problem und erfordere deshalb globale Lösungen. Deshalb sei der Entscheid des Bundesrats, den CO₂-Ausstoss der Schweiz ausschliesslich mit Massnahmen in Inland zu senken, sowohl ökologisch als auch ökonomisch falsch. Das würde nämlich bedeuten, dass jedes dritte Auto und jedes dritte Gebäude bis 2020 emissionsfrei werden müssten. Das sei zum einen unrealistisch und zudem sehr teuer und umso weniger zu verstehen, als die Schweiz heute schon zu den OECD-Ländern mit den geringsten Pro-Kopf-Emissionen zähle. Der Beschluss sei darüber hinaus auch unverständlich, als über den Klimarappen und die Energie-Agentur der Wirtschaft der jährliche CO₂-Ausstoss um 4 Mio. Tonnen pro Jahr reduziert werden konnte. Das entspricht 80 Prozent der Gesamtreduktion. Das soll nun durch eine international nicht abgestimmte Industriepolitik ersetzt werden? Das wäre verheerend. Deshalb müsse ein schweizerischer Alleingang vermieden werden. **AO**